

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Merseburg, 18.11.2025

über die 8. Sitzung Ausschuss Bildung, Soziales, Kultur
und Tourismus
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum:	17.11.2025	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	18:00 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	20:59 Uhr	Raum:	Plenarsaal

Anwesende Mitglieder:

Gabriele Naundorf	Ausschussvorsitzende
Uwe Arendt	Mitglied
Jenny Barthel-Müller	Mitglied
Julia Susan Beier	Mitglied
Moritz Eichelmann	Mitglied
Marion Galander	Mitglied
Lucas Geyer	Mitglied
Peter Lipinski	Mitglied
Marco Nickel	Mitglied
Andree Weber	Mitglied
Kathleen Weiß	Mitglied

Nichtstimmberechtigte Anwesende:

Dana Burkhardt	sachkundige Einwohnerin
Grit Ebert	sachkundige Einwohnerin
Christine Schnicke	sachkundige Einwohnerin
Detlef Walloch	sachkundiger Einwohner

Anwesende der Verwaltung:

Sebastian Müller-Bahr	Oberbürgermeister
Jana Skládal	Rechtsamtsleiterin
Doreen Pahl	Protokollantin
Florian Schüler	Amtsleiter Jugend- und Sportam
Franka Engel	Sachgebietsleiterin im Jugend- und Sportamt
Jenny Cornelius	Streetworkerin
Maximilian Wozny	Streetworker
Martin Wolter	Amtsleiter Kulturamt
Bellay Gatzlaff	Bürgermeister

Als Gäste sind anwesend:

Peter Heuer
Bernd Hesselbarth
Leslie Krämer
Tino Krämer
Marcus Jeranius
Kristin Heise
Antje Springer

Diana Zwarg
Maria Bäumler
Ines R.
Katrín Horn
Dirk Mayer
Gaby Hayne
Andrea Letsch
Nicole Bröde
Sylvia Hagemeyer
Silke Bachmann
Tobias Kretschmer
Martin Wolf
Sven Gebhardt

Tagesordnung

TOP	Thema
------------	--------------

Öffentliche Sitzung

1. Beginn der Sitzung

- | | |
|-----|---|
| 1.1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 1.2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung |
| 1.3 | Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung |

2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

- | | |
|------|---|
| 2.1 | Einwohnerfragestunde |
| 2.2 | Informationen der Stadtverwaltung |
| 2.3 | Informationen/Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder |
| 2.4 | Information und Diskussion zur Tätigkeit der Streetworker |
| 2.5 | Walter-Bauer-Jahr 2026
Antrag Fraktion SPD/Bündnisgrüne Nr. 006/AN/25 |
| 2.6 | Information und Diskussion zu Veranstaltungsrückblick Kulturamt 2025 und Ausblick 2026 einschließlich Schlossfestspiele 2026 |
| 2.7 | Ermächtigung zum Eingehen von Verpflichtungen zur Durchführung der Schlossfestspiele 2026 vor Erlass der HH_Satzung 2026
BV DS-Nr. 071/BV/25 |
| 2.8 | Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der Kinderland Merseburg gGmbH 2022-2024
BV DS-Nr. 084/BV/25 |
| 2.9 | Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der SDA AWO gGmbH 2024
BV DS-Nr. 087/BV/25 |
| 2.10 | Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen
BV DS-Nr. 053/BV/25 |
| 2.11 | Schließung der Sitzung |

Protokolltext

TOP 1. Beginn der Sitzung

TOP 1.1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Naundorf begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Von 11 stimmberechtigten Mitgliedern sind 11 Mitglieder anwesend.

TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Naundorf bittet um die Abstimmung der Tagesordnung.

Herr Eichelmann schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 2.10 Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen vorzuziehen, da großes Interesse an diesem Thema besteht.

Frau Naundorf dankt Herrn Eichelmann für seinen Vorschlag. Sie bietet an, den Punkt 2.10 Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen mit dem Punkt 2.5 Antrag der Fraktion SPD/Bündnisgrüne Walter-Bauer-Jahr 2026 zu tauschen. Sie fragt nach weiteren Hinweisen und lässt über die Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig angenommen.

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Frau Naundorf fragt, ob es Anmerkungen oder Ergänzungen zur öffentlichen Niederschrift gibt. Dies ist nicht der Fall.

Sie weist darauf hin, dass Herr Eißner (sachkundiger Einwohner) sich schriftlich bei ihr für die heutige Sitzung entschuldigt hat. Per Mail hat er folgende Anmerkung eingereicht: Wie dem Protokoll richtig zu entnehmen ist, hatte er in der letzten Sitzung bemängelt, dass seine schriftlich eingereichten und mündlich vorgetragenen Fragen nicht beigefügt waren. Nur die Antwort auf seine erste Frage stand im Protokoll und nicht die von Herrn Gatzlaff gegebenen Antworten auf seine Frage 2 und 3.

Frau Naundorf lässt über die Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung abstimmen. Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

Die Niederschrift der letzten Sitzung wurde bestätigt.

2. TOP Beratungen in öffentlicher Sitzung

TOP 2.1 Einwohnerfragestunde

Frau Naundorf eröffnet um 18:07 Uhr die Einwohnerfragestunde und übergibt das Wort an Herrn Hesselbarth.

Einwohner 1 spricht über die Problematik in der Dürerstraße. Herr Gatzlaff hat in der vorletzten Sitzung behauptet, dass die überprüften Busse nur halbvoll durch Schüler besetzt sind. Er kann das nicht bestätigen. Er meint, dass am Nachmittag ungefähr siebzig Schüler in dreizehn Bussen fahren. Das sollte überprüft werden. Außerdem gibt das Ordnungsamt an, dass keine

Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen werden können. Im Jahr 2017 und 2023 wurden durch Verkehrsplaner Messungen durchgeführt, welche erhöhte Geschwindigkeiten, vor allem in der Rektor-Block-Straße, ergaben. Nach Sicht des Ordnungsamtes werden die Geschwindigkeiten eingehalten, allerdings stimmt das so nicht laut Einwohner 1. Er verweist auf die Verantwortung gegenüber den Grundschulern einen sicheren Schulweg zu gewährleisten. Bisher werden nur die Oberschüler bis zur Schule gefahren. Was wird in nächster Zeit getan, um für mehr Sicherheit auf dem Schulweg zu sorgen, interessiert ihn.

Frau Naundorf fragt, wer dazu sprechen möchte.

Herr Gatzlaff begrüßt die Anwesenden und dankt dem Einwohner 1. Er bezieht sich auf die gemeinsame Busfahrt, welche auf Wunsch von Einwohner 1 durchgeführt wurde. Die Botschaft sei gewesen, dass bei Ankunft des Busses dieser halb voll war und man während der Fahrt die Umstiege der Schüler ansehen konnte. Mit der Ausschussvorsitzenden hat man festgestellt, dass die Fahrten nicht einfach verändert werden können. Ziel ist, die Wegezeiten für Kinder, insbesondere die lange mit dem Bus fahren, zu verkürzen und den Fußmarsch einzusparen. Es wurde sich sehr ausführlich mit der Dürerstraße auseinandergesetzt. Das Stadtentwicklungsamt führte diesbezüglich einen Verkehrsversuch durch, welcher jetzt umgesetzt wird. Das Ordnungsamt hat des Öfteren bereits Verkehrsüberwachungen durchgeführt. Herr Gatzlaff wird das Anliegen an Frau Findeisen weitergeben, die sie gegebenenfalls in ihre Planungen übernehmen wird. Diskussionspunkt ist, dass am Schulstandort keine größeren Verkehrsverdichtungen entstehen. Aktuell besteht daher kein neuer Handlungsbedarf, so Herr Gatzlaff.

Einwohner 1 erklärt, es gehe darum, dass am Nachmittag dreizehn Busse mit siebzig Schülern unterwegs sind und er sich die Frage stellt, ob dies vernünftig ist, in Anbetracht dessen, dass sich zwei Haltestellen in unmittelbarer Nähe der Schulen befinden.

Herr Gatzlaff meint, dass nun die Entscheidung die Haltestelle nicht an die Klobigkauer Straße zu verlegen steht und es deshalb keiner ständig wiederholenden Diskussionen bedarf. Er gibt zu verstehen, dass er Herrn Hesselbarth zukünftig immer wieder die gleiche Antwort zu dieser Problematik geben wird mit dem Hinweis, dass im Protokoll zu vermerken.

Einwohner 1 erwidert, die meisten Schüler fahren von der Klobigkauer Straße am Nachmittag, darüber sollte nachgedacht werden. Er fordert die Ausschussmitglieder auf, sich selbst ein Bild zu machen. Die Wohnhäuser leiden unter der erhöhten Geschwindigkeit der Busse bei dem sehr schlechten Zustand der Straße.

Frau Naundorf dankt Einwohner 1 und äußert sich zur Thematik, um den Anwesenden den Zusammenhang kurz zu schildern. Sie und Frau Burkhardt (Sachkundige Einwohnerin) nahmen bei der damaligen Busfahrt teil. Es handle sich um Sammelbusse, welche in Roßbach starten und bis zur Dürerschule/Gymnasium fahren. Der Bus ist bei Abfahrt in Roßbach zunächst sehr voll und viele Kinder haben keinen Sitzplatz, was ihr negativ auffiel. Allerdings minimiert sich das Aufkommen unterwegs durch das Ein- und Aussteigen der Schüler, so auch auf dem Rückweg. Von dieser Situation ist nicht nur Merseburg betroffen, erklärt sie und fragt nach weiteren Fragen.

Einwohnerin 2 vom Familien-Zirkus Baldini stellt sich vor. Der Zirkus führt Kinderzirkusprojekte in Schulen und Kindergärten durch. Es liegen ihr mehrere Anfragen von Merseburger Schulen vor, unter anderem von der Albrecht-Dürer-Schule und der Joliot-Curie-Grundschule. Die Schulleiterin informierte Frau Krämer über die erteilte Absage der Stadt Merseburg aufgrund der schlechten Bodenbeschaffung des Geländes. Nach persönlicher Ansicht mit ihrem Manne konnten sie feststellen, dass die Gelände für ihre Vorhaben geeignet sind.

Frau Naundorf fragt die Einwohnerin 2, ob sie in Merseburg wohnhaft ist.

Einwohnerin 2 verneint die Frage. Sie ist aus Farnstädt und der dortige Bürgermeister, Herr Mylich, hat ihr geraten in der Sitzung vorzusprechen, da er selber den Merseburger Bürgermeister in dieser Sache telefonisch nicht erreichen konnte.

Frau Naundorf erklärt ihr hier in der Einwohnerfragestunde zu sein und bittet Sie sich im Nachgang der Sitzung mit Herrn Müller-Bahr oder Herrn Gatzlaff auseinanderzusetzen. Sie fragt nach weiteren Wortmeldungen und schließt im Anschluss die Einwohnerfragestunde um 18:14 Uhr.

TOP 2.2 Information der Stadtverwaltung

Herr Gatzlaff informiert zunächst über den Termin mit der Schiedsstelle am 19.11.2025 und die dortige Entscheidung, ob die LEQ-Vereinbarung mit der Kita CampusKids abgeschlossen werden muss. Er ergänzt, dass die Kita CampusKids die Stadt Merseburg im Vorfeld nicht über ihr größeres Investitionsvorhaben informiert hat. Weiter klärt er über die wahrscheinlich vorübergehende Schließung des Jugendclubs „Bummi“ aufgrund des Austritts des dortigen Mitarbeiters auf. Eine Stellenausschreibung beziehungsweise Stellenausschreibungen, je nach Zustimmung des Haushaltsplans, für die Wiederbesetzung ist bereits aktiv. Sobald die Wiederbesetzung möglich ist, wird dazu informiert. Außerdem ist der Sportverein Beuna auf die Stadt zugekommen, um sich deren Mietverträge anzusehen, auch hier wird es weitere Entscheidungen geben.

Herr Wolter begrüßt zunächst die Anwesenden. An Hand einer Präsentation (Anlage 1 Folie 2) informiert er über:

- 22.11./23.11.2025 – Merseburger Stand auf der Touristik & Caravaning Messe in Leipzig
- 29.10.2025 Übergabe Zertifikat in Magdeburg / barrierefreie Touristinfo und Stadtführung
- Weihnachtsangebot in Touristinfo / Verkauf gefüllter Weihnachtstüten

Herr Schüler begrüßt die Anwesenden und dankt zunächst allen Beteiligten an der Veranstaltung im Rahmen des Bürgerbudgets. Es liegt bereits seit heute schon der erste Antrag für das neue Jahr vor, so Herr Schüler. Aktuell sind 70.000 Euro für das Bürgerbudget im Haushalt eingeplant. Außerdem hat der Jugendhilfe-Ausschuss getagt und die Förderung für die zwei Streetworker-Stellen bewilligt. Auch die Eltern-Gemeindevertretung versammelte sich, um den Vorsitzenden der Stadt-Elternvertretung zu wählen. Hier wurde Herr Wolf wiedergewählt und Herr Jeremias als Kreis-Elternvertreter. Beide sind heute anwesend. Herr Schüler informiert weiter, dass seit 13.11.2025 die Richtlinie für das Start-Chancen-Programm für die Säule 1 veröffentlicht ist. Jetzt kann mit den jeweiligen Schulleitungen in die Detailplanung gegangen werden. Parallel wird mit den Trägern an den neuen Leistungsverzeichnis für das neue Kita-Portal gearbeitet. Außerdem beginnt die Weihnachtsbaumaktion in der Gotthardtstraße. Gemeinsam mit den Schulen und Kitas wird weihnachtliches Flair in die Gotthardtstraße gebracht.

Frau Naundorf dankt Herrn Schüler für die Informationen und kommt zum nächsten Tagesordnungspunkt.

TOP 2.3. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Eichelmann dankt und bringt drei Anfragen/Anregungen mit. Er richtet die Frage an Herr Schüler und möchte wissen, wie der Stand im Bereich des Kita-Portals ist beziehungsweise wie deren Pläne aussehen.

Herr Gatzlaff, als zuständiger Geschäftsbereichsleiter, beantwortet Herrn Eichelmann die Frage. Der Zeitplan gibt vor, dass das Verzeichnis erstellt wird und am Anfang des nächsten Jahres mit den Kita-Leitern besprochen wird. Danach erfolgt die Ausschreibung. Voraussetzung ist ein beschlossener Haushalt, dann wird mit dem Kita-Portal begonnen. Wichtig ist

zunächst ein gutes gemeinsames Ergebnis mit den Kindertagesstätten sowie den freien Trägern und der Stadt Merseburg zu erlangen.

Herr Eichelmann begrüßt den Austausch mit den Kitas. Seine zweite Frage bezieht sich auf den Sachstand zum Mietvertrag mit der Dürerschule. Hier wurde für den Oktoberausschuss 2025 eine Berichterstattung versprochen.

Herr Gatzlaff erklärt, dass es dazu keinen neuen Kenntnisstand gibt. Er bringt zur Erklärung für die Anwesenden an, dass das Ziel der Stadt ist, die Dürerschule zu sanieren und auszubauen. Man geht davon aus, dass die Industrieansiedlung und die S-Bahnstation zu mehr Schülern führe, außerdem könne bei zukünftigen Sanierungen von anderen Schulen dort Schüler untergebracht werden. Dem Landkreis ist eine Kündigung zugestellt, diese sei aber laut Landkreismt ungültig. Diese Meinung teilt Herr Gatzlaff ausdrücklich nicht. Es wurde ein Entwurf für einen Aufhebungsvertrag durch den Landkreis angefertigt, dieser wurde dem Stadtrat vorgestellt sowie beschlossen und dem Landkreis vorgelegt. Bisher liegt allerdings kein unterzeichneter Aufhebungsvertrag durch den Landkreis vor. Auch die Frage nach einem neuen Standort ist noch ungeklärt.

Herr Müller-Bahr fügt hinzu, dass in der kommenden Woche diesbezüglich mit der Arbeitsebene des Landkreises eine Zusammenkunft stattfindet. Ursprünglich ist die Frist bis Oktober 2025 gewesen. Bleibt die Zusammenkunft wiederum ergebnislos, wird beraten wie weiterverfahren wird.

Herr Eichelmann dankt und schlägt vor, sich im Sonderstadtrat dazu auszutauschen, um eine Lösung zu finden. Die Antragsfrist ist noch gültig.

Herr Müller-Bahr fragt Herrn Eichelmann, ob das ein Antrag seinerseits ist.

Herr Eichelmann bezieht sich auf das anstehende Gespräch mit dem Landkreis und wird auf deren Ausgang warten.

Herr Müller-Bahr ergänzt, dass er im Hauptausschuss am 11.12.2025 dazu Stellung nehmen wird.

Herr Eichelmann bezieht sich nun auf den vom Landtagsabgeordneten Herrn Sebastian Striegel aufgestellten Mecker-Mutmach-Monolith auf dem Bahnhofsvorplatz mit folgenden Fragen:

- Gab es eine Genehmigung zur Aufstellung? Worauf stützt sich diese Genehmigung? Warum steht der Kasten bis heute dort?
- Herr Striegel hat auf das Design des Stadtmarketings zurückgegriffen. Wieso hat er das gemacht? Kann jeder darauf zurückgreifen und sich bedienen? Wenn nein, wie sahen Konsequenzen aus und wie ist deren Handhabung?

Herr Müller-Bahr verweist auf die E-Mail vom 11.11.2025 an den Stadtrat und fragt, ob man diese E-Mail erhalten hat? Herr Eichelmann verneint. Es wird geprüft werden, warum diese den Stadtrat nicht erreicht hat, so Herr Müller-Bahr. Er liest die Stellungnahme aus der E-Mail vor:

- Antrag auf Sondernutzung des öffentlichen Raumes liegt vor, dieser Antrag ist durch die Stadt genehmigt und die Nutzungsgebühr entrichtet
- Verwendung des Logos ist angefragt und die Freigabe erteilt mit Hinweisen zur Gestaltung
- die Freigabe der Logos ist gängige und häufige Praxis und steht als Symbol für die Stadtgemeinschaft und das Stadtleben
- Unterschieden wird in Nutzung des Stadtlogos und des Stadtwappens, letzteres erlaubt nur amtliche und hoheitliche Zwecke, die Freigabe unterliegt dem Oberbürgermeister

- eine inhaltliche Zusammenarbeit mit der Stadt Merseburg gab es in diesem Zusammenhang nicht...

Er bestätigt die gängige Praxis zur Verwendung des Stadtlogos, wogegen die Nutzung des Stadtwappens in den letzten drei Jahren nicht beantragt wurde. Die Verwendung des Logos geht immer mit gestalterischen Hinweisen einher, das wurde im Zusammenhang mit dem Mecker-Mutmach-Monolith nicht umgesetzt.

Herr Eichelmann dankt für die Ausführungen des Oberbürgermeisters. Er stimmt der Erlaubnis der Nutzung des Logos für Projekte die vom Bürgerbudget finanziert werden zu. Jedoch wünscht Herr Eichelmann dazu im neuen Jahr nochmals einen Austausch darüber, wie das Stadtmarketing weiter funktioniert. Er möchte Klarheit.

Frau Naundorf dankt und übergibt an Herrn Weber.

Herr Weber hat eine Anfrage zum Tierschutz/Tierquälerei. Eine Bürgerin ist an ihn herangetreten. In Beuna hat sie die Beobachtung gemacht, wie Schweine mit Elektroschockern in ein Fahrzeug getrieben wurden, um dann sicherlich zum Tönnies Fleischfach Betrieb gebracht zu werden.

Die Bürgerin (Tochter von Herrn Weber), hat die Situation gefilmt und einen Brief an die Tierschutzorganisation PETA gesandt. Herr Weber möchte wissen, wer in der Stadt Merseburg für den Tierschutz verantwortlich ist. Er wird informiert, dass das Veterinäramt zuständig ist.

Frau Naundorf fragt nach weiteren Fragen und übergibt an Herrn Walloch.

Herr Walloch begrüßt die Anwesenden, er fragt nach dem Tagesordnungspunkt Haushaltsatzung/Haushaltsplan, welchen er in der heutigen Tagesordnung der Sitzung vermisst.

Herr Gatzlaff erläutert, dass es der Wunsch des Oberbürgermeisters ist die Haushaltssatzung vollständig im Finanzausschuss zu behandeln. Er erklärt, dass er sich mit Frau Naundorf, entsprechend dem Wunsch der Verwaltung, darüber abgestimmt hat den Punkt nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Walloch meint, dass der Haushalt bisher immer in den Ausschüssen behandelt wurde.

Herr Gatzlaff widerspricht ihm.

Herr Walloch wünscht sich dennoch den Haushalt kurzfristig zu besprechen.

Frau Naundorf schlägt vor, umgehend einen Termin zu vereinbaren und übergibt an Herr Hayn.

Herr Hayn dankt Frau Naundorf und bringt an, dass er als Ratsvorsitzender klar darauf hingewiesen hat, eine Sitzung zum Haushalt durchzuführen. Die Ausschussvorsitzenden können bei Bedarf diese auf die Tagesordnung setzen.

Frau Naundorf fragt im Saal, ob es explizit für den Haushalt eine zusätzliche Sitzung geben soll.

Herr Eichelmann gibt zu verstehen, dass es seinerseits keinen zusätzlichen Bedarf gibt, da der Haushalt ausführlich behandelt wird.

Frau Naundorf bietet trotzdem eine Sondersitzung zum Haushalt an und stimmt darüber ab.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11

Befangen:	0
Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	10
Enthaltungen:	0

Der Antrag ist abgelehnt. Es gibt weitere Diskussionspunkte.

Herr Lipinski bezieht sich auf die Anfrage von Einwohner 1. Er ist beruflich mit dieser Thematik verbunden und möchte Ergänzungen anbringen. Das Schulverwaltungsamt erfasst die Schülerzahlen für die einzelnen Schulen, entsprechend dieser Zahlen werden die Busunternehmen beauftragt. Vormittags werden die Schüler in fünf Bussen zentral zum Schulbeginn zu den Schulen gebracht. Aufgrund der unterschiedlichen Unterrichtsenden gestaltet sich der Nachmittag schwieriger. Die Busfahrer haben den Auftrag entsprechende Haltestellen anzufahren, unabhängig der Nutzung durch die Schüler. Die Aussicht, dass die Anzahl der Busse sich verringert ist gering.

Frau Naundorf fragt nach weiteren Wortmeldungen. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.4 Information und Diskussion zur Tätigkeit der Streetworker

Herr Wotzny und Frau Cornelius erläutern an Hand einer Präsentation (Anlage 2) die Arbeit des Streetworkerteams und der Arbeit im Kontaktcafé. Sie gehen insbesondere auf folgendes ein:

- seit Februar 2025 Kontaktcafé in König-Heinrich-Straße 3 in Merseburg, als offene Anlaufstelle, Nutzung als Beratungsraum und Büroeinheit
- VW-Bus für die Nutzung von relevanten Terminen für Jugendliche
- Leisten von Einzelfallhilfe und soziale Gruppenarbeit sowie Gemeinwesenarbeit mit dem Ziel tragfähiger Beziehungen
- kurzes Feedback in Form einer Umfrage von Jugendlichen über Stellenwert der Streetworker in Merseburg
- soziale Arbeit in Zahlen zu: Kontaktgespräche, Projekte, Netzwerkarbeit, Sitzungen in Einzelfallhilfe
- welche Menschen werden im Kontaktcafé erreicht
- Einzelfallhilfe Obdachlosenhilfe
- Highlights unter anderem: Umzug und Einrichtung Kontaktcafé und Spray Workshop, U18 Jugendwahl, Seminarinhalte für Studierende, Fußball und Basketballspiele, Brockenwanderung
- Themen bei der Arbeit mit Jugendlichen

Frau Cornelius stellt den Ausblick für das kommende Jahr vor:

- Wunsch einer studentischen Hilfskraft, um den Bedarf kontinuierlich abzudecken
- Ausflüge und Wanderungen
- fünf geplante spezifische Aktionstage
- Ausbau Party Streetwork
- Inklusionsfest
- Kontinuierliche Öffnung des Kontaktcafés

Frau Cornelius stellt zwei Beispiele aus der Zielgruppe vor. Erstes Fallbeispiel ist „Emil“, es beschreibt die Arbeit mit einem suchtkranken Jugendlichen. Im zweiten Fallbeispiel berichtet Sie über ein junges Pärchen aus einem bisher sehr turbulenten Leben, welches durch die soziale Straßenarbeit in Merseburg professionelle Hilfe und Unterstützung erfährt.

Herr Arendt drückt seinen Respekt aus und fragt Frau Cornelius, ob die Stelle dem Strafverfolgungszwang unterliegt und die Straftaten an die Polizei übermittelt werden.

Frau Cornelius beantwortet die Frage. Die Stelle unterliegt nicht dem Strafverfolgungszwang, sie unterliegt der Schweigepflicht mit Ausnahmen, wie beispielsweise Mord oder Brandstiftung. In den letzten 15 Jahren gab es einen Fall der polizeilich gemeldet wurde.

Herr Arendt fragt weiterhin nach dem Verhältnis betroffener Ausländer und Deutscher im Bereich Rassismus.

Frau Cornelius kann die Frage nicht beantworten, da keine Zahlen erfasst werden.

Herr Eichelmann dankt den Streetworkern für ihren Redebeitrag und drückt seine Hochachtung für deren Arbeit aus. Er fragt hinsichtlich ihrer Bekanntheit, Erreichbarkeit und Streuung sowie dem Zugang an den Schulen und ob es weiterer Unterstützungsmöglichkeiten bedarf.

Herr Wotzny informiert, dass ein guter Kontakt zu den Schulsozialarbeiterinnen besteht und der Bekanntheitsgrad an Schulen vorhanden ist. Momentan gibt es keine expliziten Angebote an den Schulen. Eine zuverlässige Hilfestellung ist die finanzielle Planbarkeit, um das Kontaktcafé weiterhin betreiben zu können. Es bietet in Merseburg eine gute Anlaufstelle für Jugendliche.

Frau Naundorf bedankt sich herzlich für den Beitrag. und eröffnet den Tagesordnungspunkt 2.5, mit dem Änderungsantrag SPD/Bündnisgrüne BV DS-Nr. 053/BV/25

TOP 2.5 Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen BV DS-Nr. 053/BV/25

Frau Naundorf eröffnet den Tagesordnungspunkt 2.5, mit dem Änderungsantrag SPD/Bündnisgrüne BV DS-Nr. 053/BV/25.

Frau Naundorf fragt, ob es Fragen gibt.

Herr Arendt informiert, dass seine Fraktion den Änderungsantrag ablehnt.

Frau Naundorf fragt nach weiteren Redebeiträgen.

Herr Gatzlaff informiert zum Verständnis aller Anwesenden zusammenfassend, warum das Thema auf der Tagesordnung steht. Erster Tagesordnungspunkt der Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen war im Herbst 2024, gleich nach der Neuwahl des Stadtrates. Die damalige Beschlussvorlage durch die Stadt wurde auf Wunsch des Oberbürgermeisters durch den Geschäftsbereich II Amt 80 erstellt und im August 2025 vorgelegt. Dabei handelt es sich um die auslaufenden Mietverträge im Jahr 2028 und 2029. Im September 2025 wurde diese diskutiert, daraus resultierte der Änderungsantrag der unter anderem auf einen Eigenbetrieb zielt. Herr Gatzlaff merkt an, dass aus Kostensicht der Eigenbetrieb immer teurer ist als ein freier Träger. Aufgrund von Aufwendungen für Geschäftsbetrieb, IT-Verwaltung oder den Vorgang der Gründung. Die Chancen, Risiken und Nachteile der Rekommunalisierung wurden kommuniziert und jeder muss diese nun für sich selbst abwägen. Die Aufregung und Diskussion um die Thematik werden, wie bei der Ausgliederung der Kitas, bleiben. Vom Finanzausschuss gibt es die Empfehlung einen Eigenbetrieb zu gründen, wobei der Antrag dazu noch im Bildungsausschuss abgestimmt werden muss.

Herr Eichelmann dankt und äußert sich. Ihm reichen die Antworten zum Eigenbetrieb nicht aus. Er meint, dass die Enthaltung von Herrn Arendt üblich und nicht nachvollziehbar ist. Das Hauptproblem besteht in den Kosten für Eltern und Stadt. Herr Eichelmann informiert, dass bei seinen Anfragen in Ausschüssen immer wieder erklärt wird, dass die Stadt nicht mit den Leitungen oder Geschäftsleitungen der freien Träger kommuniziert. Er führt mittlerweile selbst zufriedenstellende Gespräche mit den freien Trägern. Wenn heute zum Eigenbetrieb abgestimmt werden soll mit dem Wissen, dass es für die Stadt nicht günstiger wird, in den Einrichtungen alles gleichbleiben soll und sich für die Stadt Steuerungsmöglichkeiten ergeben sollen, reicht es seiner Fraktion nicht um dieser Beschlussvorlage zu folgen. Mit Hinblick des

gemeinsamen Austausches durch die Leiterin aus Wittenberg und deren Handhabung mit dem Eigenbetrieb, gibt es auch zum Eigenbetrieb Diskussionsbedarf. Herr Eichelmann findet die jetzige Beschlussvorlage mit dem Eigenbetrieb und die der generellen Rekommunalisierung nicht ausgereift genug.

Fragen wie:

- Was passiert mit Geldern der Einrichtungen?
- Was passiert mit einer Überleitungsvereinbarung?
- Wie werden Verträge gestrickt?
- Wie wird Personal zwischen den Einrichtungen hin und her geschoben?
- Wie wird die Leitungsstruktur aufgebaut?
- Wie wird mit Qualität umgegangen, mit Festangestellten, Qualitätsmanagern?
- Wie wird Supervision und Reflexion betrieben?

sind dem Stadtrat nicht klar und gehören dazu, um die Entscheidung zu treffen. Er hat große Bauchschmerzen unter dem Aspekt, dass es teurer wird und alles bleiben soll wie gehabt. Herr Eichelmann wünscht sich noch eine Ausschusssrunde.

Herr Gatzlaff äußert sich zu Herrn Eichelmann. Es gibt keine heutigen Hausaufgaben für ihn durch die Ausschüsse, deshalb hat er keine weiteren Angaben mit. Wenn Herr Eichelmann genauere Zahlen wünscht, soll er das zur Abstimmung stellen, Herr Gatzlaff bereitet ihm dann die Zahlen auf. Freiwillig betreibt er keinen unnötigen Aufwand. Grundsätzlich kann die Stadtverwaltung Tagesstätten betreiben, so Herr Gatzlaff. Es wird sich an den Tagesstätten nichts ändern und sie werden auch mit einem Profil arbeiten. Fehlende Erzieher werden ersetzt und eine Supervision wird es geben. Die Gespräche mit Leiterinnen der Kitas vor der Beschlussfassung ist aus Loyalitätsgründen dem Arbeitgeber gegenüber nicht förderlich, findet er. So auch die Gesprächsführung mit den freien Trägern. Was soll vor Beschlussfassung besprochen werden? Die Entscheidung trifft letztendlich die Stadt, da es ihre Objekte sind. Die Organisationaufgabe an sich hat der Gesetzgeber dem Landkreis zugewiesen. Im Ergebnis haben die Gespräche die Stadt nicht weiter vorangebracht, deshalb braucht es erst einen Auftrag. Der Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung liegt vor.

Frau Naundorf dankt und übergibt an Herrn Arendt.

Herr Arendt erklärt, dass ein Eigenbetrieb aufgrund der höheren Kosten völlig konträr zu dem Gewollten ist. Bei der Rekommunalisierung an sich ist eine bessere Kostentransparenz möglich.

Herr Eichelmann stellt eine fachliche Frage zur Beschlussvorlage an Herrn Schüler. Die Kita Flax und Krümel wird als Referenzwert aufgeführt, darin wird für das Jahr 2025 Personalleasingkosten in Höhe von 92.067,47 Euro beantragt. In den Entgeltvereinbarungen für die Jahre 2022 bis 2024 des Trägers Kinderland gGmbH sind nirgends Leasingkosten aufgeführt. Woher stammt diese Zahl?

Herr Gatzlaff antwortet Herrn Eichelmann. Die jetzige LEQ-Vereinbarung hat mit Herrn Schülers Ausarbeitung nichts zu tun. In den vergangenen Jahren hat die AWO Leasingkosten angemeldet, dazu hat Herr Eichelmann von der AWO Post erhalten. Darin sind über 200.000 Euro angemeldet und tatsächlich nur 75.000 Euro in Anspruch genommen wurden. Genau das stellt ein Problem im Verfahren dar. Wäre prospektiv verhandelt worden, würden 200.000 Euro gezahlt werden und eventuell erst in späteren Verhandlungen gibt es etwas von dem Geld zurück. Dieses Steuerelement ist für die Stadt ein großer Vorteil, weil man nur Leasingpersonal bestellt, wenn nötig. Das liegt am grundsätzlichen Verfahren an sich, welches das Land vorgeschrieben hat, so Herr Gatzlaff. Es gibt immer wieder Diskussionsbedarf zwischen Frau Springer, Herrn Schüler und Herrn Gatzlaff. Jetzt hat die AWO auf viele angemeldete Forderungen verzichtet, vielleicht aus dem Grund heraus, der Diskussion zur Rekommunalisierung zu begegnen, merkt er an.

Herr Eichelmann erklärt, dass es nicht um die AWO geht, sondern um die Kinderland gGmbH. Es bringt auch nichts sich über Magdeburg zu beschweren, da es nicht geändert werden kann.

Er fragt sich trotzdem, woher das Geld aus der Referenz kommt.

Herr Schüler erläutert. In der Anlage 1 sind die Verwaltungskostenermittlung und der Personalmehrbedarf dargestellt. Die Antragszahlen beider Träger sind zusammengelegt und bilden eine Gesamtsumme von 758.000 Euro laut Antragslage, diese wurden durch 140 beantragte Vollbeschäftigte dividiert. In der Berechnung ist die Erläuterung aufgeführt, 17 beantragte Vollbeschäftigte multipliziert mit 5.415 Euro ergeben 92.067,47 Euro. Die Zahlen sollen eine Orientierung sein.

Herr Turré führt aus, dass die Stadt Merseburg sich in ihrer Beschlussgrundvorlage zum Platzhirsch für Kinderbetreuung entwickelt. AWO und Volkssolidarität werden platt gemacht und alle sechs Kitas und neun Horte übernommen. Die Fraktion der SPD findet, dass es den Leistungsbogen der Stadt überspannt und stellt deshalb den Änderungsantrag mit dem Vorschlag, zunächst nur drei Kitas zu übernehmen. An der Zahl hat sich der Finanzausschuss gestört, da die Entscheidung schon vorweggenommen wird und die Begründung durch die Stadtverwaltung selbst dargelegt werden muss. Diesbezüglich hat der Finanzausschuss einen Änderungsantrag beschlossen, ohne der Angabe von konkreten Zahlen. Die Stadtverwaltung muss angeben, wie viele Einrichtungen sie übernimmt und welche Rechtsform sie wählt. Nach Ansicht der Powerpoints von Herrn Schüler haben alle größeren Städte die Rechtsform des Eigenbetriebs. Herr Turré meint, es werden über 10 Millionen Euro Steuergeld investiert, es mache keinen Unterschied einen Amtsleiter oder einen Geschäftsführer zu bezahlen. Auch Mauscheleien wie im Kulturbereich sind nicht erwünscht, wenn letztendlich die Stadtverwaltung Dienstleistungen erbringt, die nicht kassenwirksam werden. In den Kitas bezahlen die Eltern den Beitrag und diese haben das Recht auf eine ausführliche korrekte Gebührensatzung. Pauschalierungen sind an dieser Stelle nicht möglich, deshalb strebt Herr Turré eine Form außerhalb der Stadtverwaltung an, die eine ordnungsgemäße Kalkulation möglich machen. Außerdem muss die Frage der Bescheidausstellung durch die Verwaltung noch geklärt werden. Arbeitsaufträge müssen an die Stadtverwaltung übergeben werden. Es gibt einen Grundkonsens der lautet, wir wollen rekommunalisieren, wir wollen die bestehenden Verträge auslaufen lassen und, abgesehen von der AfD, die Restmasse nur für fünf Jahre befristet ausschreiben, um der Stadtverwaltung die Möglichkeit zu geben ein Zwischenfazit zu können. Jetzt liegt es an der Stadtverwaltung hier loszulegen.

Herr Gatzlaff reagiert auf Herrn Turrés Redebeitrag. Die Vorstellung der Stadtverwaltung ist die Übernahme in ein bestehendes Amt. Ein zusätzlicher Eigenbetrieb wird teurer werden, da eine zusätzliche Geschäftsstelle hinzukommt. Bei den Personalkosten wird die Stadtverwaltung durch den Tarif etwas teurer, bei den Sachkosten wiederum günstiger. Die Gebührenkalkulation wird nie kostendeckend sein, weil es immer einen politischen Preis gibt. Die Elternbeitragssatzung ist beschlossen und ist kein Thema. Wenn der Eigenbetrieb gewünscht ist, weil man Kosten klarer abgrenzen kann, liegt es am Stadtrat. Die Entscheidung der strategischen Bedeutsamkeit, ist eine Entscheidung des Finanzausschusses und deshalb sollte der Einreicher formulieren, was für ihn bedeutsam ist. Die Stadtverwaltung schlägt diejenigen mit der höchsten Verwaltungspauschale und auslaufenden Mietverträgen als abgrenzende Kriterien vor. Eine andere Auswahl kann nur mithilfe eines Kriterienkatalogs getroffen werden. Nachdem die Stadtverwaltung dem Wunsch des Stadtrates, nach Vorlage der Rekommunalisierungsvorlage nachkommt und danach kritisiert wird, möchte man Auskünfte darüber, welche Veränderungen der Stadtrat wünscht. Denen wird man dann gern nachkommen.

Herr Walloch äußert sich zur Rekommunalisierung, die aus seiner Sicht der Weg sein sollte. Herr Walloch fragt nochmals nach den Personalleasingkosten. Er hat außerdem die Zahlen der Verwaltungskostenpauschalen der AWO Kindertagesstätten summiert und hat ein Ergebnis von jährlich 186.00 Euro. Hier gibt es keinerlei Wissen, wie diese sich zusammensetzen. Das gehört diskutiert, so Herr Walloch.

Frau Naundorf ermahnt die Anwesenden und bittet darum keine störenden Zwiesgespräche und Zwischenrufe zu führen.

Frau Beyer begrüßt die Anwesenden und hat noch Fragen zum Eigenbetrieb.

- Um wie viel teurer wird der Eigenbetrieb ungefähr?
- Warum kann der Amtsleiter nicht als Geschäftsführer im Eigenbetrieb fungieren? Warum noch extra eine Person?
- Mit wie vielen Kitas ein Eigenbetrieb wirtschaftlich möglich ist? Was wäre wirtschaftlich sinnvoll?
- Warum kann der Eigenbetrieb die Bescheinigungen nicht in Vertretung der Stadt erstellen, so wie in Wittenberg?
- Wäre es in einem Amt möglich die Kosten für die Kita transparent und vollständig darzustellen?

Herr Gatzlaff beantwortet die Fragen von Frau Beyer. Zu den Kosten des Eigenbetriebs meint Herr Gatzlaff, dass es von den Verhandlungen mit dem Werkleiter abhängt, dem Gründungsaufwand und den Kosten. Genau beziffern kann man die Zahl nicht. Zur Frage warum es ein Eigenbetrieb sein muss, antwortet Herr Gatzlaff, dass ihm im Landkreis kein Eigenbetrieb bekannt ist. Die städtischen Einrichtungen werden innerhalb der Stadtverwaltung betrieben. Grundsätzlich gilt, je größer der Eigenbetrieb, um so günstiger wird es für das was intern gesteuert wird, wobei der Verwaltungsaufwand dann wieder teurer ist. Eine optimale Größe kann nicht beziffert werden. Wieso der Amtsleiter nicht auch Betriebsleiter sein kann beantwortet Herr Gatzlaff indem er erläutert, dass ein Amtsleiter durch das große Arbeitsaufkommen überlastet wird, deshalb geht nur Eigenbetrieb oder Amtsleitung. Zur Frage der transparenten Kostendarstellung erklärt Herr Gatzlaff Frau Beyer, dass es grundsätzlich möglich ist, aber nicht in absehbarer Zukunft. Das Finanzwesen wurde in der vergangenen Zeit nicht so ausgerichtet, dass man zum jetzigen Zeitraum darauf zugreifen kann. Es muss erst überarbeitet werden, damit die Kostenleistungsrechnung eingerichtet werden kann. Darüber berichtet Frau Kirchhoff-Weise regelmäßig im Finanzausschuss. Er ergänzt, dass er kein Freund der Kostenleistungsrechnung ist. Die Kosten können in Rechnung gestellt werden, jedoch ohne kostendeckende Gebührenkalkulation oder Kostenerstattung vom Land, macht dies viel Aufwand, bringt aber wenig Nutzen.

Frau Naundorf bittet um Abstimmung durch Handzeichen zum Rederecht für den Elternvertreter Herrn Wolf. Diese ist einstimmig.

Herr Wolf tritt ans Mikrofon und begrüßt die Anwesenden. Er verweist nochmals auf seinen persönlichen Vorschlag nach dem PDCA-Prinzip (Planen-Erproben-Prüfen-Handeln). Herr Wolf hat sich weiterhin Rückmeldungen von Eltern und Erziehern eingeholt. In Bezug auf die Abstimmung der neuen LEQ, spricht er die stark gestiegenen Kosten der letzten Jahre an. Es ergibt sich allein für das Kinderland eine Nachforderung von 1,3 Millionen Euro, bei der AWO für das Jahr 2024 eine Nachforderung von ungefähr 970.000 Euro. Das erklärt, dass ein Teil der politischen Befürworter wegen der Kostensteigerung für die Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen steht. Er informiert, dass in diesem und nächsten Jahr die Elternbeiträge um 12,5 % gestiegen beziehungsweise steigen werden. Pädagogische Qualität kostet, aber trotzdem darf man sich fragen, wie die kleineren Kindertagesstätten, die seltener zweistellige Kostensteigerungen aufführen, damit umgehen. Er erklärt, dass es in der Elternschaft keine klare Mehrheit zur Rekommunalisierung gibt. Die Meinungen liegen weit auseinander. Die Erzieher befürchten, öfter als Springer eingesetzt zu werden und dadurch weniger Kontinuität entsteht und das Qualitätsmanagement leidet. Herr Wolf verweist auf die Erstellung einer Nutzwerttabelle, die Argumente werden aufgenommen und gewichtet. Aus seiner Sicht muss zunächst die Frage beantwortet werden, ob man rekommunalisieren möchte. Er wünscht sich eine stabile Umgebung für Kinder, Elternschaft und Fachkräfte in der man verlässlich arbeiten und aufwachsen kann.

Herr Weber als Lehrer kritisiert den Einfluss von Geld auf Bildung. Er führt aus, dass der Finanzausschuss am 18.09.2025 mit 11 seiner Mitglieder über den Änderungsantrag seiner Fraktion beraten hat. Dabei wurde bei vollständiger Anwesenheit der Ausschussmitglieder mit 6 Stimmen für den Antrag gestimmt, es gab 5 Stimmenthaltungen und keine Gegenstimme. Dieser Änderungsantrag ist für Herrn Weber zunächst die Grundlage zur Zustimmung, denn

alles andere (Kosten) ist rein spekulativ. Er schildert aus eigener früherer Erfahrung als Vater, dass er immer zufrieden war mit dem städtischen Kindergarten und auch deren Kostenaufstellung. Er schlägt vor, zunächst über den Änderungsvorschlag seiner Fraktion abzustimmen und über den Antrag der Stadtverwaltung nochmals zu diskutieren. Herr Weber merkt an, dass er es sehr problematisch findet, Beschlüsse zu fassen die gegen die Mehrheit der Elternschaft und Erzieher sind. Um Abzustimmen braucht er mehr Feedback seitens der Erzieher.

Herr Eichelmann trägt die für ihn noch offenen Themen vor:

- Thema Beitragswesen / Einzug
- Thema Vollstreckung
- aktuelle Zahlen zum Personalleasing bei den neuen LEQ
- Verhandlung Beiträge
- Wann wird Personal eingestellt und wie sehen Strukturen aus?

Im aktuellen Haushalt wird nicht über die geplanten 5,5 Stellen der Stadtverwaltung gesprochen, so Herr Eichelmann. Es gibt keine Klärung zur Einrichtungsmenge und Einrichtungsauswahl, Überleitung sowie generelle Pläne, auch zum Kita Portal fehlen die Antworten. Er wird diese Fragen im Antrag aufnehmen und auch gerne die Arbeitsaufgaben an die Stadtverwaltung, nach Rücksprache mit den Kolleginnen und Kollegen, ausführlich formulieren. Herr Eichelmann möchte am 04.12.2025 keine Entscheidung zum Eigenbetrieb oder zum generellen Grundantrag treffen. Er schlägt allen vor, sich mehr Zeit zu nehmen für diese Entscheidung.

Herr Hayn meint zu Herrn Eichelmans Ausführungen, dass zunächst der Entschluss gefasst werden muss, ob Rekommunalisierung oder nicht. Wenn dieser gefällt ist, muss die Stadtverwaltung vom Rat die entsprechenden Arbeitsaufträge erhalten. Der Punkt der Ausgestaltung ist noch nicht erreicht. Er verweist auf Zeiten in denen er als Finanzausschussvorsitzender tätig war. Die Kosten beliefen sich damals auf ungefähr 2 Millionen Euro, mittlerweile hat sich das um ein Vielfaches erhöht, wenn von 10 Millionen Euro Bezuschussung gesprochen wird. Der Trend ist deutlich, alle Leistungen werden zukünftig teurer. Herr Hayn wünscht sich eine heutige Abstimmung zur Rekommunalisierung.

Frau Naundorf bedankt sich und klärt auf, dass sie laut Geschäftsordnung zunächst über den Änderungsantrag abstimmen lassen muss und dann erst über den Vorschlag.

Herr Eichelmann meint, dass er heute keine Abstimmung für beide Fassungen wünscht, er möchte sich darüber beraten. Außerdem ist die Rekommunalisierung an sich (ja/nein) nicht Bestandteil beider Beschlussvorlagen. Bestandteile beider Beschlussvorlagen sind konkrete Ausgestaltungen. Beschlussvorlage 1, so Herr Eichelmann, beinhaltet die Übernahme aller Einrichtungen der AWO und Volkssolidarität zum 31.12.2028/2029 in die Stadtverwaltung mit entsprechendem Personal. In Beschlussvorlage 2 entscheidet der Stadtrat welche Kitas übernommen werden, man kündigt die Verträge zum 31.12.2028/2029 und gründet einen Eigenbetrieb. Die Beschlussfassung ist das nicht, stellt er fest.

Frau Naundorf meint, dass Herr Eichelmann es so im ersten Redebeitrag nicht geäußert hat, sondern für den 04.12.2025 einen Antrag stellen möchte.

Herr Arendt stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Er möchte ein Ende der Debatte und abstimmen.

Herr Weber erklärt Herrn Eichelmann, dass es um zwei Phasen geht. Bei der ersten Phase geht es um den geänderten SPD/BündnisGrüne Antrag der durch den Finanzausschuss geändert wurde, die Zustimmung dazu liegt vor und auch was durch den Finanzausschuss geändert wurde. Darüber kann abgestimmt werden. Herr Weber merkt an, dass es doch zunächst die Zustimmung der Rekommunalisierung braucht und alles andere noch bis zum Auslaufen der Verträge 2028/2029 Zeit hat.

Frau Naundorf lässt darüber abstimmen, ob heute eine Beschlussfassung erfolgen soll. Sie bittet um das Handzeichen der Anwesenden.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	1

Die Abstimmung ist mehrheitlich.

Herr Geyer beantragt eine dreiminütige Unterbrechung.

Frau Naundorf bejaht und möchte die Sitzung für 5 Minuten unterbrechen.

Die Sitzung wird um 20:12 bis 20:17 Uhr unterbrochen.

Frau Naundorf bittet um die Aufmerksamkeit der Anwesenden und gibt Herrn Müller-Bahr das Wort.

Herr Müller-Bahr dankt allen Anwesenden für das große Annehmen des Vorhabens und Ernsthaftigkeit mit der dieser begegnet wird, um eine Entscheidung im Sinne der Stadt, der Kinder sowie deren Eltern und Erzieher herbeizuführen. Auch wenn es verschiedene Meinungen gibt, möchten die Beteiligten eine Entscheidung, die für alle zufriedenstellend ist. Herr Müller-Bahr führt nochmals Gedanken zur Rekommunalisierung aus. Das Hauptargument war bisher der Kostenfaktor, welcher sehr ausführlich diskutiert wurde. Eine Übernahme der Einrichtungen durch die Stadt wird definitiv teurer. Nächste Diskussionspunkte sind Steuerungsmöglichkeiten, Prozessabläufe, Bedarfsplanung, tatsächliche Aufwendungen. Er erläutert, dass es vielmehr um Verwaltungsaufgaben als um Geld geht. Er schlägt vor, einen Teil des Vorschlages der SPD aufzugreifen indem zum Ende der Fristen für fünf Jahre ausgeschrieben wird.

Herr Gatzlaff bringt sich ein und erklärt, dass es keiner Ausschreibung bedarf, sondern einer fünfjährigen Verlängerung.

Herr Müller-Bahr stimmt zu. Die Stadt erkaufte sich weitere fünf Jahre. In diesem Zeitraum kann das Kita-Portal eingeführt werden, die Satzung besprochen sowie über die Erstellung der Bescheide entschieden werden und gemeinsam mit Trägern und Landkreis die Kitabedarfsplanung auf den Weg gebracht werden. Herr Müller-Bahr stellt die Idee vor, zunächst nur die 6 Horte zu übernehmen. Das birgt den Vorteil die eigenen Gebäude als Ganztageseinrichtung zu nutzen und so aus pädagogischer Sicht den Übergang zwischen Hort und Schule fließender zu gestalten, außerdem werden in dieser Zeit Erfahrungswerte im Zusammenhang mit der Rekommunalisierung gesammelt. Herr Müller-Bahr fasst nochmals seine Idee kurz zusammen.

Frau Naundorf fragt Herrn Müller-Bahr, ob damit der ursprüngliche Antrag geändert werden soll.

Herr Müller-Bahr erklärt daraufhin, dass wenn seine Idee Anklang findet, dies als Änderungsantrag gewertet werden kann und später vertieft wird.

Herr Arendt gibt zu verstehen, dass er die Aufschiebung für keine gute Idee hält.

Herr Eichelmann dankt dem Oberbürgermeister und erklärt, dass er ihm nicht ganz folgen kann und daher auf die Ausgestaltung des Änderungsantrags gespannt ist. Er fragt, wer sich

in dem letzten halben Jahr mit Erziehern der Einrichtungen oder persönlich mit Herrn Wolf ausgetauscht hat, um beide Seiten abzuwägen.

Frau Naundorf bittet Herrn Eichelmann sich kürzer zu fassen. Sie weist darauf hin, dass die Debatte bereits abgeschlossen ist. Es wurde ein Beschluss gefasst im Ausschuss abzustimmen.

Herr Eichelmann führt aus, dass er froh ist mal ausführlich darüber zu reden. Er ist auf den Änderungsantrag gespannt, er klingt für ihn solide.

Herr Müller-Bahr stimmt Herrn Arendt zu und gibt zu verstehen, dass auch für ein Zeitraum von zwei Jahren verlängert werden könne.

Frau Naundorf erklärt, dass letztendlich der Stadtrat darüber entscheidet. Sie lässt über den geänderten Änderungsantrag der SPD/Bündnisgrüne vom 18.09.2025 abstimmen.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	11
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	1

Der geänderte Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Frau Naundorf möchte nun zur Abstimmung der Beschlussvorlage der Stadtverwaltung kommen.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass die neuen Vorschläge der Stadtverwaltung noch nicht schriftlich ausgearbeitet sind. Er fragt wie ausführlich der Ausschuss den Inhalt benötigt oder ob dieser nach hinten gestellt werden soll. Er greift kurz noch einmal die zweijährige Verlängerung der Verträge auf.

Frau Naundorf bittet Herrn Arendt an das Mikrofon. Er gibt zu verstehen, dass er für den ursprünglichen Antrag ist, allerdings mit einer Fristverlängerung von zwei Jahren und dem Wunsch den Punkt Rekommunalisierung darin festzuhalten.

Herr Turré schlägt vor, dass aufgrund der heutigen zahlreich anwesenden Finanzausschussmitglieder er nichts übereilt beschließen möchte. Den Wunsch der Rekommunalisierung hat jeder verstanden und die Vorschläge seitens Stadtverwaltung können noch einmal ausformuliert werden. Es muss heute nichts überstürzt beschlossen werden. Am 04.12.2025 kann dann vor dem Stadtrat vorgetragen und abgestimmt werden. Er stellt einen Geschäftsordnungsantrag und bittet um die Schließung des Tagesordnungspunktes.

Frau Naundorf bietet an, über den heutigen Beschluss aus Gründen der Formulierung nicht abzustimmen. Sie lässt darüber abstimmen, ob die Verwaltung beauftragt werden soll zum Stadtrat am 04.12.2025 eine genaue Formulierung der geänderten Beschlussvorlage vorzulegen.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	9
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Es wurde einstimmig abgestimmt.

TOP 2.6 Information und Diskussion zu Veranstaltungsrückblick Kulturamt 2025 und Ausblick 2026 einschließlich Schlossfestspiel 2026

Herr Wolter blickt in seiner Präsentation (siehe Anlage 1 Folie 3 ff.) auf Veranstaltungen zurück und gibt einen Ausblick auf anstehende Ereignisse. Die stattfindenden Orgeltage und die Kunstmesse „Bilderzauber“ waren mit 1.500 und 600 Besuchern ein überregionales Aushängeschild der Stadt Merseburg. Auch das Zauberfest war ein Erfolg. Der Umzug bei der Eröffnung mit 250 Personen hat ohne Vorkommnisse stattgefunden, außerdem haben 120 Kinder an der Zauberschule teilgenommen. Sonntags musste leider aus sicherheitstechnischen Gründen aufgrund schlechten Wetters die Veranstaltung beendet werden. Die Innenstadthändler boten aber weiterhin ihre Dienste an. Außerdem informiert Herr Wolter, dass der Überfahrschutz seinen Dienst erfüllte, es konnten gesperrte Straßen anderweitig bespielt werden, beispielsweise mit dem Markt auf der Burgstraße. Es gab keine sicherheitsrelevanten Vorkommnisse. Das Zauberfest kostete 18.000 Euro mehr als ursprünglich geplant, das macht einen Zuschussbedarf von 55.000 Euro. Der Bauhof hat insgesamt zwei Tage für das Fest gearbeitet. Er dankt Frau Skládal und den Kooperationspartnern für die Unterstützung. Herr Wolter fragt nach Rückfragen und fährt mit dem Punkt „Weihnachtszauber“ fort, der am 04.12.2025 startet. Einleitung ist die Nikolausstiefelaktion, hier können Kinder in der Tourist-Information ihre Stiefel abgeben und befüllen lassen. Am 06.12.2025 werden sie im Schlossgarten wieder ausgegeben. Weiterhin gibt es den Merseburger Wunschbaum für benachteiligte Kinder, die hier ihren Wunschzettel abgeben können. Bürger und Unternehmen erfüllen die Wünsche im Wert von 30,00 Euro und die Stadt übergibt die Geschenke an die entsprechenden Einrichtungen. Die Schlossweihnacht vom 04.12.2025 bis 07.12.2025 unter anderem mit folgenden Highlights:

- After Work Party
- Stereo Affairs (weihnachtliches Duo)
- Traditioneller Stollenanschnitt
- Klosterbauerhütte vom 06.12.-07.12.
- Kunsthandwerkermarkt
- Klausen-Chor Merseburg
- Musikschule Johann Quantz

Am 06.12.2025 findet im Dom das Weihnachtskonzert (Orgel) statt und am 31.12.2025 der Jahresausklang. Der Advent in der Sixtistraße befindet sich gerade in den Vorbereitungen. Vereine der Stadt bieten hier kostenfrei Leckereien und Basteleien an, die voraussichtlichen Öffnungszeiten sind am Samstag von 16.00 bis 21.00 Uhr und am Sonntag von 14.00 bis 18.00, informiert er.

Geplante Highlights für das kommende Jahr sind unter anderem das Gedenkjahr Walter-Bauer, welches auf der Tagesordnung steht und noch der Zustimmung bedarf. Außerdem 600 Jahre Hansemitgliedschaft der Stadt Merseburg, welche im kommenden Jahr beim Schlossfest thematisiert wird.

Es gibt weitere Veranstaltungen:

- 03.01.2026 Neujahrskonzert im Ständehaus
- Start der Literaturbühne und Merseburger Puppenfesttage
- Jazz-Picknick
- Schlossfestspiele
- Orgeltage
- Zauberfest und die Schlossweihnacht als Auszug für das kommende Jahr.

Zu den Vorbereitungsstand Merseburger Schlossfest 2026 informiert Herr Wolter, dass die Programmplanung feststeht und erste Verträge geschlossen sind. Die Brauereien für das Sponsoring wurden angefragt und es liegen bereits zwei Angebote vor. Hier soll schnell über den Zuschlag entschieden werden. Der Ticketverkauf für Early Birds soll Anfang Dezember 2026 starten. Vergaben, Technik und Security sowie Künstlerverträge befinden sich bereits in Vorbereitung.

Herr Turré äußert sich kurz, dass es nach Möglichkeit kein Hasseröder Bier sein sollte.

Herr Wolter antwortet, dass bisher Angebote von Bitburger und Radeberger vorliegen. Er führt weiter aus, dass es noch Becher und T-Shirts aus dem vergangenen Jahr gibt, wie bereits im Finanzausschuss als Spareinsparvorschlag vorgeschlagen. Der Arbeitsauftrag des Finanzausschusses gibt vor, die Eintrittspreise für das Schlossfest zu erhöhen, an der Abendkasse um 10 Prozent, die Vorverkaufspreise bleiben gleich hoch. Herr Wolter schlägt aus praktischen Gründen vor, das Festivalticket auf 55,00 Euro und das Tagesticket auf 35,00 Euro zu beziffern.

Herr Gatzlaff gibt einen Hinweis an Herrn Turré. Die Beschlussvorlage wird für den Hauptausschuss am 11.12.2025 und für den Stadtrat am 18.12.2025 vorgelegt, da sonst die Ladungsfristen nicht eingehalten werden können.

TOP 2.7 Ermächtigung zum Eingehen von Verpflichtungen zur Durchführung der Schlossfestspiele 2026 vor Erlass der HH-Satzung 2026
BV DS-Nr. 071/BV/25

Frau Naundorf verliest die vorliegende Beschlussvorlage und stellt sie zur Abstimmung.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	9
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Die Abstimmung ist einstimmig.

TOP 2.8 Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der Kinderland Merseburg gGmbH 2022-2024
Beschlussvorlage: 084/BV/25

Frau Naundorf verliest die Beschlussvorlage und bittet um Abstimmung.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	9
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

Die Abstimmung ist mehrheitlich.

TOP 2.9 Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der SDA AWO gGmbH 2024
Beschlussvorlage: 087/BV/25

Frau Naundorf verliest die Beschlussvorlage und bittet um Abstimmung.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	9
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

Die Abstimmung ist mehrheitlich.

TOP 2.10. Walter-Bauer-Jahr 2026Antrag Fraktion SPD/Bündnisgrüne Nr. 006/AN/25

Frau Naundorf fragt nach Redebeiträgen.

Herr Turré informiert, dass Herr Jankowski ihm bereits im August die Printfassung seines Programmentwurfes mit tollen Punkten vorgestellt hat. Er lobt das Programm, vor allem hat die Stadt keinen großen Kostenaufwand und sie kann in ihrem Interesse städtische Kultur leben. Es wird ihr gut zu Gesicht stehen, so Herr Turré.

Frau Naundorf verliest die Beschlussvorlage und bittet um Abstimmung.

Abstimmung:

Stimmberechtigt:	11
Anwesend:	9
Befangen:	0
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Die Abstimmung ist einheitlich.

Frau Naundorf schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und wünscht einen guten Heimweg.



Naundorf
Ausschussvorsitzende



Pahl
Protokollantin